

Ä16 Für ein sicheres, gerechtes und demokratisches Berlin – unsere Vorschläge für das Wahlprogramm 2026

Antragsteller*in: Leander Hirschsteiner (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 90 bis 97:

~~Begrenzung staatlicher Überwachung~~

~~Wir fordern klare gesetzliche Grenzen für Gesichtserkennung, Vorratsdatenspeicherung und andere Überwachungstechnologien.~~

~~Open-Source in der Verwaltung~~

~~Die öffentliche IT-Infrastruktur muss auf Open-Source-Software setzen, um Datenschutz und digitale Souveränität zu gewährleisten. Zudem soll geprüft werden, inwiefern Bundesländer gemeinsam Open-Source-Software langfristig finanzieren können.~~

Der beste Datenschutz ist, keine unnötigen Daten zu erfassen. Wir lehnen daher die Vorratsdatenspeicherung und die biometrische Gesichtserkennung in Echtzeit ab.

Wir denken digitale Sicherheit europäisch, quelloffen und grundrechtsorientiert. Unsere Daten sind nur sicher, wenn wir in Europa diese souverän speichern, verarbeiten und übermitteln können. Dafür braucht es eine demokratische digitale Infrastruktur aus europäischer Hand, die uns schützt vor den Interessen weniger Tech-Bosse und den zunehmenden Angriffen von autoritären Regimes. Diese gemeinsame Infrastruktur erleichtert, Daten zwischen Behörden leichter und sicherer teilen zu können: Das erleichtert Bürger*innen den Behördengang und die Arbeit der Angestellten dieser Behörden und kostet beiden weniger Zeit; zudem demokratisiert und vereinfacht es die Arbeit von Politiker*innen und Aktivist*innen und die Forschung an Universitäten. Wir wollen europäische wie Bundesinitiativen zu OpenSource weiterhin finanziell unterstützen und die fantastische Eigeninitiative und Problemlösungsfähigkeit der OpenSource Community durch öffentliche Ausschreibungen nutzen und fördern. Berlin soll eine Vorreiterrolle bei einer solchen Implementierung und Förderung von OpenSource spielen, denn nur eine demokratische digitale Souveränität kann unsere Freiheitsrechte wahren.

Begründung

Beide Themen hängen zusammen, denn auch der Staat und seine Mittel können gegen unsere digitalen Freiheiten wirken. Daher ein klares Nein zu VDS und biometrischer Gesichtserkennung. In dieser Formulierung (und in Kombination mit den anderen ÄA) würden wir auch die Zusammenhänge zwischen Sicherheit und Grundrechten und einem funktionierenden Gemeinwesen klar machen.